

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 08.07.2013
Raum: Neue Aula der KGS Rastede, Eingang Bahnhofstraße, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:45 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Hans-Dieter Röben CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Timo Kirchhoff CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Walter Steinhausen CDU für Torsten Wilters

Herr Lars Krause SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Horst Segebade SPD für Rüdiger Kramer

Frau Inge Langhorst B90/Grüne für Sabine Eytting

Herr Eckhard Roese B90/Grüne für Gerd Langhorst

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Rainer Zörgiebel FFR

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Günther Henkel

Herr Hans-Hermann Ammermann

Frau Tabea Triebe Protokoll

Gäste

Herr Uwe Harms von der Rasteder Rundschau

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Anke Hessler von der Ingenieurgesellschaft Zech GmbH

sowie ca. 250 Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr 1. stv. BM Torsten Wilters CDU

Herr Rüdiger Kramer SPD

Frau Sabine Eytting B90/Grüne

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.06.2013
- 4 Neubau einer Milchviehanlage mit 918 Tierplätzen
- Antrag nach § 4 BImSchG
- 5 Schließung der Sitzung

Vorlage: 2013/084

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16.00 Uhr.

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben fragt die Ausschussmitglieder, ob sie mit der Anfertigung von bewegten Bildern von der Eröffnung der Sitzung sowie dem Vortrag zum Tagesordnungspunkt 4 einverstanden sind. Die politische Diskussion ist nicht Gegenstand der Aufnahme. Alle Ausschussmitglieder erklären sich mit der Aufnahme einverstanden.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben weist darauf hin, dass für die Zuhörer im Anschluss an die Sitzung die Möglichkeit besteht, Fragen an die Verwaltung zu richten.

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.06.2013

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 11.06.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

**Neubau einer Milchviehanlage mit 918 Tierplätzen - Antrag nach § 4 BImSchG
Vorlage: 2013/084**

Sitzungsverlauf:

Herr Ammermann erläutert die rechtlichen Grundlagen des vorliegenden Antrags und stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) die Planungen des Antragstellers Christian Meyer-Hullmann, die Ergebnisse der gemeindlichen Überprüfung und das beabsichtigte weitere Vorgehen der Gemeinde dar.

Frau Hessler von der Ingenieurgesellschaft Zech mbH stellt sich und ihr Ingenieurbüro vor und erläutert anschließend, unter welchen Annahmen die Gutachten des Antragstellers erstellt wurden und welche Faktoren bei der Berechnung der Ergebnisse berücksichtigt wurden. Als Ergebnis ist demnach festzuhalten, dass die ermittelten Werte einen konservativen Ansatz darstellen, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten und teilweise deutlich unterschritten werden.

Frau Lamers weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt ein schwieriges und sehr umfangreiches Thema behandelt. Das rege öffentliche Interesse erfreue sie daher umso mehr. Dennoch müsse allen Zuhörern klar sein, dass der Landkreis Ammerland das Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz durchführt und die Gemeinde in diesem Verfahren als Beteiligte keinerlei Gestaltungsmöglichkeiten habe. Zudem müsse akzeptiert werden, dass der Antragsteller einen Rechtsanspruch auf die Genehmigung erwirbt, wenn er die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt. Solange sie die öffentlichen Interessen nicht beeinträchtigen, seien im Interesse des Tierwohls Investitionen der Landwirte zu begrüßen. Aus Sicht der CDU-Fraktion ist die Lärmbelastung durch das Vorhaben allerdings nicht ausreichend untersucht worden: Die vom Betriebsgelände ausgehenden Schallemissionen sind ebenso wenig wie die Belastung der Wohnhäuser an der Kleibroker Straße betrachtet worden. Zudem müsse auch für die Oldenburger Straße die zusätzliche Verkehrsbelastung beachtet werden. Dabei sei aber auch zu bedenken, dass geringe Beeinträchtigungen hinzunehmen sind, da sonst landwirtschaftliche Tätigkeiten gar nicht möglich wären. Ein Keimschutzgutachten wurde durch den Antragsteller nicht erbracht. Eine Stallanlage dieser Dimension passe nicht zum Residenzort Rastede, sodass die Parteien im Rat der Gemeinde Rastede einen gemeinsamen Appell an den Antragsteller und die Genehmigungsbehörde formuliert haben. Die Bedenken und Ängste der Bevölkerung müssten ernst genommen werden.

Frau Sager-Gertje ruft die rechtlichen Hintergründe des Genehmigungsverfahrens in Erinnerung, wonach nur sich aus § 35 BauGB ergebende Gründe zu einem Versagen des Einvernehmens führen dürfen. Wenn andere Gründe herangezogen werden, wird der Landkreis das Einvernehmen höchstwahrscheinlich ersetzen. Daher sei es umso wichtiger, dass alle Unterlagen für die gemeindliche Prüfung des Vorhabens vorliegen. Ohne den Flächennachweis ist eine Prüfung schlicht nicht möglich. Aus Sicht der SPD ist eine Stallanlage dieses Ausmaßes keine bäuerliche Landwirtschaft mehr und somit im Außenbereich auch nicht zulässig. Ein Bauleitplanverfahren für den Standort an der Kleibroker Straße würde von der SPD nicht getragen werden, zumal eine Bauleitplanung dort nur durchführbar sei, wenn öffentlichen Belange nicht entgegenstehen. Doch genau dies lässt sich nicht prüfen. Unabhängig von den Schutzansprüchen der Anwohner seien auch die Einschränkungen der Nachbarbetriebe, die durch die Ausreizung der Grenzwerte durch die geplante Anlage hervorgerufen werden, nicht zu vernachlässigen, da sie eine Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaften im Umfeld der

Stallanlage verhindern. Frau Sager-Gertje bemängelt ebenfalls die nicht aussagekräftigen Unterlagen zu den Lärmemissionen und verweist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die im letzten Jahr durchgeführte Bauleitplanung für die Erweiterung des Zollhauses, die nun durch die gesteigerten Emissionen belastet wird. Das Vorhaben passt nicht ins Ortsbild und entspricht nicht dem gewünschten Charakter des Residenzortes Rastede.

Frau Langhorst schließt sich den Beiträgen der Vorredner an und ergänzt, dass die geplante ausschließliche Innenhaltung der Tiere und überhaupt die Haltung von knapp 1.000 Tieren nicht zu den bisher in Rastede vorherrschenden mittelständischen Milchbauern passen. Das Vorhaben ist als industrielle Landwirtschaft anzusehen.

Herr Zörgiebel bestätigt, dass auch er die bäuerliche Landwirtschaft anders definiert als in Form der nun geplanten Anlage. Insbesondere die Nähe zur vorhandenen Wohnbebauung sei nicht akzeptabel, das Vorhaben sei in einem Industriegebiet besser aufgehoben.

Frau Fisbeck erläutert, dass ihre Hauptsorge dem Verkehr in Rastede gelte, da durch die geplante Anlage weitere Schwerlastverkehre durch die Oldenburger Straße und Kleibroker Straße erfolgen werden. Eine erhebliche Mehrlastung sei zu erwarten.

Herr Krause führt aus, dass zu befürchten sei, dass die von der Gemeinde geforderten Unterlagen, soweit sie dann eingereicht werden, die Verträglichkeit des Vorhabens mit den gesetzlichen Vorschriften belegen können und die Ansiedlung der Milchviehanlage damit rechtlich nicht mehr zu verhindern sei. Zudem steht das hier durchgeführte BImSch-Verfahren in Widerspruch mit der allseits formulierten Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung, was zwar rechtlich einwandfrei aber moralisch verwerflich sei. Sein Dank gelte der Presse, die bereits im Vorfeld der heutigen Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen eine ausgiebige Berichterstattung geführt habe. Herr Krause appelliert, den Standort der Anlage nochmals zu überdenken, vor allem weil es sich um eine Erweiterung der bestehenden Tierhaltung des Antragstellers und nicht um eine Verlagerung handele.

Herr Segebade führt ergänzend einige Zahlen zum künftigen Ressourcenverbrauch durch das Vorhaben aus und hinterfragt, welche Auswirkungen die Versorgung von knapp 1.000 Tieren durch einen Brunnen auf den Grundwasserspiegel habe.

Herr Röben verliert im Anschluss an die politische Diskussion den von allen Ratsfraktionen gemeinsam verfassten politischen Appell:

„Die Fraktionen im Rat der Gemeinde Rastede, bestehend aus CDU, SPD, Bündnis90/die Grünen, FFR und FDP geben hiermit folgende gemeinsame Stellungnahme zum geplanten Neubau von zwei Milchviehställen etc. in Kleibrok ab:

Das Einvernehmen zum Neubau von zwei Milchviehställen mit 918 Tierplätzen und notwendigen Nebenanlagen wird, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, versagt.

Unabhängig von verwaltungsrechtlichen Regelungen ist eine Tierhaltung in dieser Größenordnung an diesem Standort für die Ratsmitglieder der Gemeinde Rastede nicht akzeptabel. In Anbetracht der Nähe zur Wohnbebauung wird es für diese zu Geruchs- und Lärmbelästigungen kommen, da der Abstand hier weniger als 200 m beträgt. Der voraussichtliche zusätzliche Verkehr, insbesondere die An- und Abfahrten und die Fahrten auf dem Betriebsgelände, sind nicht explizit geprüft worden und somit als problematisch anzusehen.

Der gesamte Rat der Gemeinde Rastede appelliert hier an den Landkreis Ammerland und an den Bauherren, eine maßvollere Lösung zu finden, die zu den Strukturen des Residenzortes Rastede passt und der bäuerlichen Landwirtschaft, die vom Rat ausdrücklich unterstützt wird, nicht schadet.“

Beschlussempfehlung:

Das Einvernehmen zum Neubau von zwei Milchviehställen mit 918 Tierplätzen und notwendigen Nebenanlagen wird versagt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Im Anschluss an die Abstimmung erläutert Herr Henkel das weitere Verfahren. Zunächst sei das Votum des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch den Verwaltungsausschuss zu bestätigen, woraufhin die Gemeinde ihre Stellungnahme an den Landkreis abgeben wird. Es sei davon auszugehen, dass die fehlenden Unterlagen eingereicht werden und die Gemeinde erneut beteiligt wird. Vorgesehen sei, auch diese Unterlagen durch neutrale Gutachter, die von der Gemeinde beauftragt werden, auf ihre Plausibilität hin prüfen zu lassen, sodass anschließend eine erneute öffentliche Beratung im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durchgeführt werden könne. Herr Henkel weist nochmals darauf hin, dass die Gemeinde in diesem Verfahren nur Beteiligte ist und das Verfahren vom Landkreis Ammerland geführt wird.

Bürgermeister von Essen bedankt sich bei den zahlreichen Zuhörern für das Interesse und erläutert, dass die politische Beratung aufgrund gesetzlicher Fristen innerhalb der Sommerferien stattfinden musste, da ansonsten das Einvernehmen als erteilt gelten würde.

Herr Röben weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an die Verwaltung zu richten. Es folgen insgesamt 20 Wortmeldungen der Zuhörer, wobei inhaltlich thematisiert wurden:

- Wertminderung der Lebensqualität und des Eigentums der umliegenden Anwohner
- Aktivitäten aus dem Kreis der Bürgerschaft: Petition/ Unterschriftenliste
- gesellschaftliche Diskussion über Milch-/ Fleischverbrauch
- Mehrbelastung der Kleibroker Straße und Lärmbelästigung
- Masse der tatsächlich anfallende Abfallprodukte der Anlage und deren Verwendung
- Forderung nach Kontrollen der tatsächlichen Emissionen (nicht maschinell möglich, sondern durch Probanden)
- Beauftragung der Gutachterin durch Antragsteller oder Gemeinde (durch Gemeinde)
- Fragen zur Höchstgrenze für bäuerliche Tierhaltung (bis 600, darüber hinaus abhängig vom Ergebnis des Flächennachweises)

- Übernahme der Verantwortung für finanzielle Einbußen benachbarter Betriebe (Frage ist dem Landkreis Ammerland zu stellen, da das Verfahren dort geführt wird)
- Fragen zum Flächennachweis (einbezogen werden Eigentumsflächen und langjährige Pachtverträge)
- Fragen zum Geruchsgutachten (Berücksichtigung von Peaks, ganzjährig geöffneter Stall berücksichtigt)

Tagesordnungspunkt 5

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 17.45 Uhr.